

Deutscher Bundestag – 19 Wahlperiode – 60 Sitzung Berlin, Mittwoch, den 7  
November 2018

Fragestunde

Frage 65 Antwort der Staatsministerin Michelle Müntefering auf die Frage der  
Abgeordneten Heike Hänsel (DIE LINKE):

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Wahl des nach  
Medienberichten rechtsextremen Jair Bolsonaro in Brasilien  
(<https://www.tagesschau.de/eilmeldung/brasilien-bolsonaro-115.html>) angesichts  
seiner Drohungen gegen Oppositionelle sowie ethnische Minderheiten, und  
welche Konsequenzen für die Rüstungszusammenarbeit zieht sie aus der  
Ankündigung Jair Bolsonaros und des designierten Vizepräsidenten Hamilton  
Mourão, die Bevölkerung zu bewaffnen und den Waffenbesitz sowie -einsatz von  
Schusswaffen durch Großgrundbesitzer bei Landstreitigkeiten zu unterstützen  
(<https://amerika21.de/2018/11/216983/neues-waffengesetz-brasilien>)?

Der Bundesregierung sind die polarisierenden Aussagen bekannt, die Herr  
Bolsonaro während des Wahlkampfs getätigt hat. Er hat sich bisweilen einer  
Rhetorik bedient, die uns mit großer Sorge erfüllt, etwa zu Rechten von  
Minderheiten wie Homosexuellen, Indigenen oder Schwarzen sowie zur  
Gleichstellung von Mann und Frau. Gleichwohl hat Herr Bolsonaro in seiner ersten  
Rede nach dem Wahlsieg angekündigt, die Verfassung, die Freiheit und die  
Demokratie zu achten. Wir werden ihn an diesen Worten und seine Regierung an  
ihren Taten messen. Wie sich konkrete Politikprogramme und deren Umsetzung  
gestalten, wird sich zeigen: Herr Bolsonaro ist dabei, sein Kabinett zu bilden und  
seine Politik zu definieren. Grundsätzlich werden wir unsere bilateralen  
Beziehungen auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte fortsetzen. Für die  
Bundesregierung ist die Achtung der Menschenrechte unabdingbarer Teil davon.  
Die Bundesregierung steht mit Brasilien seit Jahren in einem engen Austausch zu  
Menschenrechtsfragen. Das Land ist bislang ein bewährter Partner in diesen  
Fragen. Wir werden daher auch die etablierten Formate für einen entsprechenden  
Dialog weiterhin nutzen. Zwischen Deutschland und Brasilien sind derzeit keine  
Projekte der regierungsseitigen Rüstungszusammenarbeit geplant.